

BUND Bielefeld wendet sich gegen den Bau weiterer Stadtautobahnen in Bielefeld!

Beschluss der Jahresmitgliederversammlung vom 23.09.2023

Klima wirksam schützen - keine neuen Stadtautobahnen in Bielefeld!

Der BUND Bielefeld engagiert sich für Klimaschutz und Mobilitätswende in der Stadt. Natur- und klimaschädliche Straßenplanungen stehen dazu im Widerspruch. Deshalb fordern wir die Stadt Bielefeld auf, folgende Forderungen zu unterstützen:

- Das Mobilitätskonzept mit Reduzierung des Autoverkehrs auf mindestens 25 % konsequent umsetzen!
- Den Rad- und Fußverkehr stärker fördern!
- Das Bahn- und Busnetz weiter ausbauen!
- Den Bau weiterer Schnellstraßen und Stadtautobahnen stoppen!
- Johannisbachtal schützen: Kein Ausbau der Herforder Straße! L 712 n stoppen!
- Lindenallee und Wasserschutzgebiete schützen: Kein Ausbau der B 61 zwischen Bielefeld und Gütersloh! Kein Bau der Ortsumgehung Ummeln!

Die Stadt Bielefeld will bis 2030 Klimaneutralität erreichen. Nur mit einer drastischen Senkung der CO²-Emissionen im Verkehrsbereich ist dies möglich. Deswegen hat der Rat der Stadt mit seiner Mobilitätsstrategie beschlossen, Radverkehr und ÖPNV auszubauen, um den Anteil des Autoverkehrs in der Stadt von 50 % auf 25 % zu reduzieren.

Nun plant die Stadt parallel zur B 61 – Herforder Straße – den Bau einer neuen, mehrspurigen Stadtautobahn! Angebunden an den vom Land geplanten neuen Autobahnzubringer zur A 2 (L 712n) würden mit dieser Straße neue Verkehrsströme in die Stadt geleitet. Das Einpendeln mit dem Auto über die B 61 von Norden und aus dem Kreis Lippe würde wesentlich erleichtert. Schlimmer noch: Auch im Osten und Süden der Stadt werden neue Schnellstraßen als Einfallstraßen in die Stadt geplant. Die ausgebaute B 66 wird mehr Verkehr über die Detmolder Straße in die Stadt führen. Das Gleiche passiert im Süden durch den geplanten Neubau der „Ortsumgehung“ Ummeln (B 61n), die dann vierspurig bis Gütersloh verlängert werden soll. Beide Straßenplanungen stehen im Widerspruch zum entlang der B 61 geplanten Radschnellweg, der die Städte Herford, Bielefeld und Gütersloh verbinden soll.

Ein Neubau der Herforder Straße im Norden würde durch das ökologisch wertvolle Johannisbachtal verlaufen, dessen Ausweisung als Naturschutzgebiet geplant ist. Für die B 61n im Süden würden fünf gesetzlich geschützte Biotope zerstört. Betroffen davon wäre auch ein bedeutendes Wasserschutzgebiet. Im weiteren Verlauf droht Naturzerstörung mit der Fällung der geschützten Lindenallee.

Mit dem Beschluss eines "Klimanotstandes" hat sich die Stadt verpflichtet, alle weiteren Straßenplanungen auf Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Bei diesen Straßenplanungen ist das bisher nicht erkennbar, sie stehen klar im Widerspruch zur Mobilitätswende in der Stadt. Sollte der Rat der Stadt daran festhalten, bleiben alle Erklärungen zu Klimazielen nur Lippenbekenntnisse.

Der BUND fordert deshalb die Stadt auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, diese klimaschädlichen Straßenplanungen zu stoppen. Bei der Herforder Straße hat sie es selbst in der Hand. Bei anderen Planungen muss sie ihre Möglichkeiten ausschöpfen, auf Bundes- und Landesregierung einzuwirken.